

Be-4-Tempelhof • Tempelhofer Damm 102 • D-12101 Berlin

An das Landgericht  
Kammer für Presserecht

Tempelhofer Damm 102  
D-12101 Berlin

Telefon : 030 78 90 81-23  
Telefax : 030 78 90 81-311  
e-Mail : info@be-4-tempelhof.org  
Vorstandvors. : Stefan K. Dudzus  
Stellv. Vorstand : Achim Klump  
Stellv. Vorstand : Matthias Bothe  
Steuer-Nr. :  
Amtsgericht : Berlin - Charlottenburg  
VR-Nr. : 27 499 B

## Presserechtliche Schutzschrift

Berlin, 17.07.2008

In einem etwaigen einstweiligen Verfügungsverfahren des

### **Regierenden Bürgermeisters von Berlin Klaus Wowereit**

vertreten durch die Rechtsanwälte Dr. Christian Schertz,  
Simon Bergmann, Karoline von Klitzing, Dominik Höch, Helge Reich und Sebastian Graalfs  
Kurfürstendamm 53 in D-10707 Berlin

- mutmaßliche Antragstellerin -

gegen

### **Stefan Klaus Dudzus,**

Vorsitzender der Bürgerinitiative Be-4-Tempelhof e.V.  
(V.i.S.d.P. für die Webseiten der Bürgerinitiative)  
Tempelhofer Damm 102 in D-12101 Berlin

- mutmaßliche Antragsgegnerin -

beantrage ich,

- einen etwaigen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zurückzuweisen;
- hilfsweise, über einen etwaigen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung nicht ohne vorherige mündliche Verhandlung und nicht vor dem 13. Aug. 2008 zu entscheiden;
- die Kosten des Streitwerts auf 10.000 Euro festzusetzen und
- der Antragstellerin die Verfahrenskosten entsprechend § 93 ZPO aufzuerlegen.

### **Begründung:**

Die Antragsgegnerin betreibt unter der Webadresse [www.be-4-tempelhof.org](http://www.be-4-tempelhof.org) und [www.abwahl-wowereit.de](http://www.abwahl-wowereit.de) ihren Vereinsauftritt als Bürgerinitiative (BI). Auf der Webseite [www.abwahl-wowereit.de/index.shtml](http://www.abwahl-wowereit.de/index.shtml) greift die BI den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit scharf aber fair an.

Die Antragsgegnerin erwartet daher einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung wegen eines angeblichen Unterlassungsanspruches. Die

Antragstellerin, vertreten durch den Rechtsanwalt Dr. Christian Schertz, hat heute durch einfachen Brief die Antragsgegnerin zur Unterlassung folgender Textpassagen aufgefordert:

*„Wo es in Berlin Korruption gibt, fragen Sie? Korrupt ist, wer um des eigenen materiellen Vorteils wegen fremden Interessen dient und damit seine Pflichten verletzt. Auch Machterhalt ist ein materieller Vorteil.*

*Die Berliner SPD ist machtkorrupt. Mit den eigenen Genossen im Amt zu bleiben, das ist das oberste Ziel des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit. Diesem Anspruch wird auch die Lösung der Berliner Haushaltskrise untergeordnet.“*

Sowie ebenfalls auf dieser Webseite:

*„Anstatt, dass sich unsere Politiker ausschließlich auf die Wahrnehmung ihres Mandats im Berliner Abgeordnetenhaus und ihrer politischen Verantwortung konzentrieren, häufen sie Nebentätigkeiten in Aufsichtsräten, Vorständen, Stiftungen oder Kuratorien an und spinnen so ein feines Beziehungsgeflecht (weiter), was immer wieder Staatsanwälte veranlasst, tätig zu werden [siehe z. B auch: ‚World Socialist Web Site‘].“*

**Beweis:** Schreiben der Rechtsanwälte Schertz & Partner vom 14. Juli 2008 als **Anlage A1**.

Die Antragstellerein verlangt die in der **Anlage A2** beigefügte strafbewertende Unterlassungserklärung, die so weit gefasst ist, dass der Antragsgegner nicht gewillt, diese zu unterzeichnen.

Die Antragstellerin behauptet, durch diese konkreten Formulierungen würde die Antragsgegnerin den unzweifelhaften Eindruck erwecken, dass sich der Regierende Bürgermeister von Berlin Klaus Wowereit pflichtwidrig bzw. rechtswidrig verhalten hat bzw. verhält. Die Antragstellerin verbindet, völlig aus dem Zusammenhang des Artikel auf der Webseite gegriffen, den Begriff „korrupt“ mit staatsanwaltlichen Ermittlungen und versteht es auf die Antragstellerin dergestalt zu beziehen, dass der unzweifelhafte Eindruck entstehen würde, gegen die Antragstellerin würden staatsanwaltliche Ermittlungen laufen.

Einen derartigen Zusammenhang hat die Antragsgegnerin nicht hergestellt und ein solcher Rückschluss ist auch von einem minderbemittelten Leser nicht zu ziehen. Vielmehr fallen die von der Antragstellerin beanstandeten Formulierungen unter die freie Meinungsäußerung.

**Beweis:** Ausdruck der beanstandeten Webseite, als **Anlage A3**

Der von der Antragstellerin erhobene Unterlassungsanspruch besteht nicht. Das Wort „Korruption“ als Abstraktum des Adjektivs „korrupt“ stammt, dem etymologischen Wörterbuch folgend, vom lateinischen corrumpere, was mit „verderben“, „verführen“, „zu Schanden machen“ und „vernichten“ übersetzt wird. Der Infinitiv setzt sich aus dem Präfix cor-, „ganz, völlig“ sowie dem Verb rumpere, „verletzen, vernichten, zerstören, zerbrechen“ zusammen. Mit „korrupt“ kann im alten Wortsinn der allgemeine Zustand sowohl des physischen als auch des moralischen verdorben Seins gemeint sein, genauso wie die persönliche

---

Eigenschaft der Bestechlichkeit; im Englischen bedeutet corrupt noch heute „verderbt“ ebenso wie „bestechlich.“

**Quelle: [www.kriminologie.uni-hamburg.de](http://www.kriminologie.uni-hamburg.de)**

Im Übrigen zitiert die Antragsgegnerin auf den genannten Webseiten nur solche Sachverhalte, die im Allgemeinen bekannt sind und von Jedermann eingesehen werden können.

Mit heutigem Schreiben an RA Schertz als **Anlage A4** habe ich der Antragstellerin geantwortet und den Unterlassungsanspruch zurück gewiesen.

Aus Vorstehendem wird deutlich, dass die Antragstellerin keinen Rechtsanspruch auf Unterlassung hat. Weiterhin ist festzustellen, dass auch eine Eilbedürftigkeit nicht besteht. Die Antragsgegnerin befindet sich urlaubsbeding bis zum 12. Aug. 2008 nicht in Europa und kann eine eventuell frühere Terminierung zu einer mündlichen Verhandlung sonst nicht wahrnehmen.

Der etwaige Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung ist zurückzuweisen.



Stefan Klaus Quodmann

SCHERTZ BERGMANN KURFÜRSTENDAMM 53 10707 BERLIN

vorab per Telefax: 78 90 81 99

Herrn  
Stefan K. Dudzus  
Be-4-Tempelhof e.V.  
Tempelhofer Damm 102

12101 Berlin

RECHTSANWÄLTE

DR. CHRISTIAN SCHERTZ

SIMON BERGMANN

CAROLINE VON KLITZING, LL.M.

DOMINIK HÖCH

HELGE REICH, LL.M.

SEBASTIAN GRAALFS

IHR ZEICHEN

UNSER ZEICHEN

BERLIN, DEN

01245-08/CS/AW

14. Juli 2008

**Der Regierende Bürgermeister von Berlin ./ Dudzus (Bürgerinitiative Be-4 Tempelhof e.V.)**

Sehr geehrter Herr Dudzus,

auf diesem Wege darf ich Ihnen anzeigen, dass ich den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Herrn Klaus Wowereit, in seinen persönlichkeitsrechtlichen Angelegenheiten vertrete. Die entsprechende Bevollmächtigung wird anwaltlich versichert.

Auf der Internetseite [www.abwahl-wowereit.de](http://www.abwahl-wowereit.de) verbreiten Sie Aussagen über unseren Mandanten, die seine Persönlichkeitsrechte verletzen. Unter der Überschrift „Wowereit und machtkorrupte Genossen müssen aus ihren Ämtern verschwinden!“ schreiben Sie:

„Wir... kämpfen insbesondere auch gegen die Korruption in Politik, Justiz und Verwaltung. Wo es in Berlin Korruption gibt, fragen Sie? Korrupt ist, wer um des eigenen materiellen Vorteils wegen fremden Interessen dient und damit seine Pflichten verletzt... Die Berliner SPD ist machtkorrupt. Mit den eigenen Genossen im Amt zu bleiben, das ist das oberste Ziel des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit.“

Kurze Zeit darauf schreiben Sie sogar:

„Anstatt dass sich unsere Politiker ausschließlich auf die Wahrnehmung ihres Mandats im Berliner Abgeordnetenhaus und ihrer politischen Verantwortung konzentrieren, häufen sie Nebentätigkeiten... was immer wieder Staatsanwälte veranlasst, tätig zu werden.“

Durch diese konkreten Formulierungen erwecken Sie den unzweifelhaften Eindruck, dass unser Mandant sich pflichtwidrig bzw. sogar rechtswidrig verhalten hat oder verhält. Sie definieren sogar den Begriff „korrupt“ und erwähnen in diesem Zusammenhang angebliche Ermittlungen der Staatsanwaltschaft. Das alles wohlgermerkt auch konkret bezogen auf den Regierenden Bürgermeister. Es bedarf keiner weiteren Erläuterung, dass Sie damit mannigfaltige Rechtsvorschriften verletzen.

Seien Sie versichert, dass der Regierende Bürgermeister in keiner Weise etwas gegen politischen Meinungskampf – auch in scharfer Form – einzuwenden hat und sich insofern auch in diesen Fällen niemals mit juristischen Mitteln zur Wehr setzt. Der vorliegende Fall ist jedoch nicht mehr akzeptabel, da mein Mandant in nicht zu rechtfertigender Weise durch die gewählten Formulierungen diffamiert wird. Zugleich stellt die Veröffentlichung definitiv nach der Stolpe-Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts eine unwahre Tatsachenbehauptung dar.

Wir fordern Sie auf, die beigelegte Unterlassungsverpflichtungserklärung bis

**Ende dieser Woche**

vorab per Fax und sodann im Original hier eingehend zurückzureichen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Schertz  
Rechtsanwalt



**Unterlassungsverpflichtungserklärung**

Hiermit verpflichtet sich Stefan K. Dudzus, V.i.S.d.P., Be-4-Tempelhof e.V., Tempelhofer Damm 102, 12101 Berlin, gegenüber dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Herrn Klaus Wowereit, es bei Meidung einer für jeden Fall der Zuwiderhandlung von dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Herrn Klaus Wowereit, zu bestimmenden Vertragsstrafe, die ggf. vom zuständigen Landgericht zu überprüfen ist, es zu unterlassen, in Bezug auf Klaus Wowereit folgende Formulierungen zu veröffentlichen und/oder zu verbreiten und/oder veröffentlichen und/oder verbreiten zu lassen:

„Wir... kämpfen insbesondere auch gegen die Korruption in Politik, Justiz und Verwaltung. Wo es in Berlin Korruption gibt, fragen Sie? Korrupt ist, wer um des eigenen materiellen Vorteils wegen fremden Interessen dient und damit seine Pflichten verletzt... Die Berliner SPD ist machtkorrupt. Mit den eigenen Genossen im Amt zu bleiben, das ist das oberste Ziel des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit.“

sowie

„Anstatt dass sich unsere Politiker ausschließlich auf die Wahrnehmung ihres Mandats im Berliner Abgeordnetenhaus und ihrer politischen Verantwortung konzentrieren, häufen sie Nebentätigkeiten... was immer wieder Staatsanwälte veranlasst, tätig zu werden.“

Berlin, Datum.....

.....  
Stefan K. Dudzus – Be-4-Tempelhof e.V.

## Schluss mit lustig - Neuwahlen spätestens 2009

### Klaus Wowereit und Genossen in den Ruhestand

Wir fordern eine vernünftige Sozial-, Wirtschafts-, Sicherheits- und Verkehrspolitik

Die Webseiten befinden sich im Aufbau! Sie werden am 23. Juni fertig gestellt sein.



#### STARTSEITE

[Lichterkette - Demo  
Dienstag, 24.06.2008 20 Uhr](#)

[Rot-Dunkelrote Politik](#)

[Kriminalstatistik verfälscht](#)

[Enteignung durch  
Straßenbaugesetz](#)

[Hartz-IV, Schwarz-  
arbeit & Leberwurst](#)

[Bildungspolitik](#)

[Probleme](#)

[Europa](#)

#### Weitere Initiativen

[VB Museumsinsel](#)

[VB Pro Reli](#)

[VB Berliner Wassertisch](#)

[VB Rauchen erlaubt](#)

#### Nachrichten

Wowereit Sarrazin  
Berliner Senat  
Abgeordnetenhaus Berlin

**Obama-Rede: Heute fällt  
WELT ONLINE**  
"Ob das Brandenburger Tor  
erledigt ist, weiß ich nicht",  
sagte der Regierende  
Bürgermeister Klaus  
Wowereit (SPD) gestern.  
Heute werde dann auch  
eine ...  
[Ähnliche Artikel »](#)

**Wowereit trickst die  
Berliner Morgenpost,  
Germany**  
Ein König Wowereit hat  
gegen den Rat seines  
Innensenators, der nur eine  
Jahresrate geben wollte, und  
seines Finanzsenators, der  
am liebsten nichts gezahlt ...  
[Ähnliche Artikel »](#)

**Das Ohr hat seine  
Tagesspiegel**  
Klaus Wowereit sucht jetzt  
einen neuen Generalsanierer.  
Diesmal wird es keine Jury  
geben - und keine großen  
Debatten. Von Frederik  
Hanssen „Vielleicht war ...  
[Ähnliche Artikel »](#)

**Wowereit empfängt  
WELT ONLINE**  
Berlin (dpa/bb) - Berlins  
Regierender Bürgermeister  
Klaus Wowereit (SPD)  
empfängt an diesem  
Donnerstag (10.45) den  
Moskauer Oberbürgermeister  
Juri Luschkow ...

**CDU-Arbeitnehmerflügel**  
Berliner Kurier, Germany  
Berlins Regierender  
Bürgermeister Klaus

## Wowereit und machtkorrupte Genossen müssen aus ihren Ämtern verschwinden!

Liebe Berlinerinnen und Berliner,

wir sind eine Bürgerinitiative engagierter Bürger aus allen gesellschaftlichen Schichten, die sich zunächst für den Erhalt des Flughafens Tempelhof engagiert hat. Nachdem der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit jedoch im Vorfeld zum Tempelhof-Volksentscheid durch Äußerungen deutlich gemacht hat, ein positives Ergebnis nicht respektieren zu wollen, hat er sich von den Bürgern dieser Stadt emotional entfernt und politisch disqualifiziert. Machttrunken versucht er, der selbst nur 17,4% (424 054 Zweitstimmen) aller Wahlberechtigten in Berlin 2006 für sich gewann, im Amt zu halten, und sich neuerdings für die Bundespolitik zu empfehlen. Wir nennen so ein Verhalten machtkorrupt.



Stefan K. Dudzus

Wir haben daher unsere Arbeit erweitert und beschränken uns nicht mehr nur auf die Belange des Bezirks Tempelhof und des Tempelhofer Feldes, sondern kämpfen insbesondere auch gegen die Korruption in Politik, Justiz und Verwaltung.

Wo es in Berlin Korruption gibt, fragen Sie? Korrupt ist, wer um des eigenen materiellen Vorteils wegen fremden Interessen dient und damit seine Pflichten verletzt. Auch Machterhalt ist ein materieller Vorteil.

Die Berliner SPD ist machtkorrupt. Mit den eigenen Genossen im Amt zu bleiben, das ist das oberste Ziel des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit. Diesem Anspruch wird auch die Lösung der Berliner Haushaltskrise untergeordnet.

Mit den ständigen Zugeständnissen an die SED-Nachfolgepartei fördert die Berliner SPD, was linksradikale Parteien seit jeher beabsichtigen: Über die Destabilisierung des bestehenden Systems, das Klima für einen radikalen gesellschaftlichen Wandel herzustellen. Es hat also System, Bildungsmöglichkeiten abzubauen, die Unzufriedenheit in der Bevölkerung zu schüren und die Handlungsfähigkeit der den Staat stabilisierenden Organe (wie z.B. der Polizei) herabzusetzen.

Anstatt dass sich unsere Politiker ausschließlich auf die Wahrnehmung ihres Mandats im Berliner Abgeordnetenhaus und ihrer politischen Verantwortung konzentrieren, häufen sie Nebentätigkeiten in Aufsichtsräten, Vorständen, Stiftungen oder Kuratorien an und spinnen so ein feines Beziehungsgeflecht (weiter), was immer wieder Staatsanwälte veranlasst, tätig zu werden (siehe z. B auch: [World Socialist Web Site](#)).

Da mutet es in der Tempelhof-Frage merkwürdig an, wenn der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit die Interessen unseres Landes und seiner Bürger unvoreingenommen wahrnehmen soll, und er gleichzeitig der Aufsichtsratsvorsitzende der Flughafen Berlin Schönefeld GmbH ist.

**Daher fordern wir nachdrücklich: Jagt die machtkorrupten Genossen aus dem Amt!**

Unser politischer Standpunkt lässt sich mit wenigen Worten beschreiben: Wir distanzieren uns ausdrücklich von allen, die ihre Absichten mit radikalen Methoden durchzusetzen versuchen oder nicht demokratische Ziele verfolgen.

**Sie sind nicht machtlos! Sie können etwas ändern! Ihre Stimme hat Gewicht - aber dazu müssen Sie Ihre Stimme in die Waagschale geben.**

Wowereit (SPD) wolle offenbar ein «einseitiges Lohndiktat», sagte CDA-Hauptgeschäftsführer Martin Kamp am Mittwoch. ...  
[Ähnliche Artikel »](#)

**Klaus Wowereit Klare Worte**  
Bild.de  
Von H. BRUNS Berlins Regierender hat ab morgen Urlaub - vorher ließ Klaus Wowereit (54, SPD, Foto) es noch richtig krachen. 1. ...  
[Ähnliche Artikel »](#)

**Saal der Berliner Staatsoper**  
klassik.com, Germany  
Wowereit und Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) sind den Angaben zufolge schon am Montag übereingekommen, den von dem Architekten Richard Paulick ...  
[Ähnliche Artikel »](#)

**Wowereit rechnet mit**  
BZ, Germany  
Klaus Wowereit (SPD): „Der Bezirk muss alle Konsequenzen seines Handelns selbst tragen.“ Er, Wowereit, gehe davon aus, dass die erteilten Baugenehmigungen ...  
[Ähnliche Artikel »](#)

powered by 

Deshalb unsere Bitte:

Unterstützen Sie mit Ihrer Unterschrift unsere Absicht, über einen Volksentscheid so schnell wie möglich Neuwahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus herbeizuführen.

Mit wachrüttelnden Grüßen  
Ihr



Bürgerinitiative Be-4-Tempelhof e.V.  
Vorstandsvorsitzender

Download des Unterstützungsformulars zum Volksbegehren

**ANTRAG ZUR UNTERSTÜTZUNG DES VOLKSBEGEHRENS ZUR HERBEIFÜHRUNG  
VON  
NEUWAHLEN ZUM ABGEORDNETENHAUSES VON BERLIN (PDF)**

**BE-4-TEMPELHOF E.V.**

INITIATIVE ZUM ERHALT DES FLUGHAFENS TEMPELHOF

Be-4-Tempelhof • Tempelhofer Damm 102 • D-12101 Berlin

Herrn  
Rechtsanwalt Schertz  
Kurfürstendamm 53

D-10707 Berlin

Tempelhofer Damm 102  
D-12101 Berlin

Telefon : 030 78 90 81-23  
Telefax : 030 78 90 81-311  
e-Mail : info@be-4-tempelhof.org  
Vorstandvors. : Stefan K. Dudzus  
Stellv. Vorstand : Achim Klump  
Stellv. Vorstand : Matthias Bothe  
Steuer-Nr. :  
Amtsgericht : Berlin - Charlottenburg  
VR-Nr. : 27 499 B

Berlin, 17.07.2008

**Ihr Schreiben vom 14.07.2008****01245-08/CS/AW****Der Regierende Bürgermeister von Berlin ./ Dudzus**

Sehr geehrter Herr Schertz,

Ihr Schreiben vom 14.07. habe ich erhalten, ebenso die Unterlassungsverpflichtungserklärung, die ich nicht unterzeichnen kann. Die Stolpe-Rechtsprechung reicht dazu nicht aus.

Hinsichtlich wahrer Sachverhalte lasse ich mir und meinen Mitstreitern in einer politischen Auseinandersetzung zur vorzeitigen Beendigung der lfd. Legislaturperiode im Land Berlin keine Zensur gefallen.

Der von Ihnen beanstandete Text ist selbst von einem minderbemittelten Leser nicht so umzudeuten, wie Sie es mir in Ihrem Schriftsatz vorwerfen. Tatsache ist, dass der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit für viele Missstände im Land Berlin verantwortlich ist. So z.B. auch was die Zulassungspraxis von Studienplatzbewerbern an der FU-Berlin, dazu die Eidesstattliche Versicherung vom 09.01.2006 (dazu: <http://file.sunshinepress.org:54445/fu-berlin-sexparty-2008.pdf> u.a.) und seine Untätigkeit dazu betrifft.

Interessant ist der Vertraulichkeitsvermerk auf der genannten eidesstattlichen Versicherung von der Staatsanwaltschaft des AG Tiergarten, vermutl. auf Veranlassung. Noch offenkundiger für die Öffentlichkeit wird Korruption in Politik, Justiz und Verwaltung nicht (Rechtsbeugung und Strafvareitelung im Amt). Mitverantwortlich wegen Untätigkeit sind die Senatoren Prof. J. Zöllner und Dr. E. Körting.

Im Übrigen zitiere ich auf den Webseiten der Bürgerinitiative nur solche Sachverhalte, die allgemein bekannt sind und von jedermann eingesehen werden können. Die Quellenangabe in exakt dem zweiten von Ihnen beanstandeten Absatz <http://www.wsws.org/de/2004/jul2004/berl-j24.shtml> unterschlagen Sie, verweist diese doch genau auf die staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren, die ich meine. Seien Sie versichert, meine Quellen habe ich auf Relevanz geprüft und ebenso den zugrundeliegenden Sachverhalt.

Bisher war mir nur bekannt, dass unser Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit seine Schwächen in der Deutschen Geschichte, Rechtschreibung und Mathematik (Fernsehsendung RTL: Pisa-Studie mit Prominenten, 2004) hat. Jetzt muss ich feststellen, dass Ihr Mandant als Jurist auch des Interpretierens einfacher deutscher Texte nicht fähig ist. Mit keiner Silbe erwähne ich ein Ermitt-

lungsverfahren gegen Ihren Mandanten. Ich erwecke auch nicht den Eindruck, dass gegen Ihren Mandanten Klaus Wowereit früher bereits ermittelt wurde – aber was nicht ist, kann ja noch werden.

Tatsache ist, dass Artikel 66 des Grundgesetzes bestimmt:

*„Der Bundeskanzler und die Bundesminister dürfen kein anderes besoldetes Amt, kein Gewerbe und keinen Beruf ausüben und weder der Leitung noch ohne Zustimmung des Bundestages dem Aufsichtsrat eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens angehören.“*

Nun ist mir auch bekannt, dass Klaus Wowereit erst noch Bundeskanzler werden will und nicht ist. Doch meine Meinungsäußerung auf der von Ihnen beanstandeten Webseite spiegelt nur den Eindruck der Deutschen Bevölkerung wider. Hiernach wird eben jemand als machtkorrupt angesehen, der zum einen Regierender Bürgermeister von Berlin ist, und gleichzeitig im Aufsichtsrat der Flughafen Berlin Schönefeld GmbH sitzt. Wenn dieser Bürgermeister dann noch vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin am 24. Feb. sinngemäß erklärt, dass ihn der Ausgang des Volksentscheids nicht interessiere, der handelt instinktos und outet sich eindeutig und unzweifelhaft als „Nichtdemokrat“. **Und das ist nicht gut so!**

Aber nicht jede Form von Korruption ist strafbar.

*Das Wort „Korruption“ als Abstraktum des Adjektivs „korrupt“ stammt, dem etymologischen Wörterbuch folgend, vom lateinischen corrumpere, was mit „verderben“, „verführen“, „zu Schanden machen“ und „vernichten“ übersetzt wird. Der Infinitiv setzt sich aus dem Präfix cor-, „ganz, völlig“ sowie dem Verb rumpere, „verletzen, vernichten, zerstören, zerbrechen“ zusammen. Mit „korrupt“ kann im alten Wortsinn **der allgemeine Zustand sowohl des physischen als auch des moralischen verdorben seins gemeint sein, genauso wie die persönliche Eigenschaft der Bestechlichkeit**; im Englischen bedeutet corrupt noch heute „verderbt“ ebenso wie „bestechlich.“*

*Quelle: [www.kriminologie.uni-hamburg.de](http://www.kriminologie.uni-hamburg.de)*

Wenn Ihr Mandant mir den Vorwurf macht, er verstehe aus dem Text, dass ich ihn als „korrupt“ betitel im Sinne von Bestechlichkeit, dann kann Klaus Wowereit auch nicht lesen, denn richtig ist, dass ich die Berliner SPD in diesem Artikel als „MACHTKORRUPT“ anprangere und das ist allenfalls als „des moralisch verdorben Seins“ zu verstehen. Oder sollte hier der Spruch zutreffen: „Getroffene Hunde bellen“?

Ihr Mandant möge bitte ebenfalls zur Kenntnis nehmen, dass ich der Urenkel des ehemaligen Bürgermeisters, Stadtsyndikus und Kämmerers Friedrich Carl August Lange (SPD), der von 1920 bis zur Machtergreifung Adolf Hitlers 1933, der Stadt Berlin treu diente, bin. Mein Urgroßvater hat als eine seiner ersten Amtshandlungen eine Verordnung erlassen, die es den gewählten Mitgliedern des Magistrats untersagte, Geschäfte mit der Stadt zu machen. Er hat sich damit zwar bei einigen Abgeordneten unbeliebt gemacht, aber Erfolg gehabt (hierzu: Groß-Berliner Tagebuch 1920-1933, ISBN 3922131190). Ich bin von meinen Eltern sehr politisch erzogen worden und habe bis heute ein feines Gespür für (moralisches) Recht und Unrecht entwickelt. Mit keinem Wort, auch nicht aus dem Zusammenhang dieser genannten Webseite gegriffen, unterstelle ich Ihrem Mandanten kriminelle Tätigkeiten.

Fairerweise sollten Sie Ihren Mandanten umfassend informieren und beraten. Nach Rücksprache mit meinem Rechtsanwalt Johannes Eisenberg, ist der von Ihrem Mandanten beanstandete Artikel einwandfrei. Mir ist nun bekannt geworden, dass Sie in letzter Zeit verschiedentlich Mandanten

---

hinsichtlich des Presserechts nicht ausreichend beraten haben sollen, so z.B. den Vorsitzenden einer kleinen Kreuzberger Bürgerinitiative.

Ich sehe daher meinen Artikel auf der von Ihnen beanstandeten Webseite [www.abwahl-wowereit.de](http://www.abwahl-wowereit.de) durch mein verbrieftes Recht auf die freie Meinungsäußerung gedeckt. Ich sehe einem Rechtsstreit, vor welchem Gericht auch immer, auch im Hinblick auf § 108 StGB pp, mit Gelassenheit entgegen.

Allerdings bin ich erfreut, dass der Regierende Bürgermeister von Berlin von unserer (bisher) kleinen Initiative Kenntnis hat. Ich bin auch erfreut darüber, dass ich durch Ihr Anschreiben Gelegenheit erhalte, Ihrem Mandanten von den Missständen an der FU-Berlin nochmals Kenntnis zu geben und ihm somit auch Gelegenheit, entsprechend zu reagieren. Hätte ich als einfacher Bürger an unseren Regierenden geschrieben, wäre das doch bestimmt „im Sande verlaufen“.

Bitte lassen Sie es mich wissen, wie Ihr Mandant in der Angelegenheit FU-Berlin entschieden hat. Ich selbst bin ab morgen, Freitag, den 18.07. bis 13. 08. urlaubsbedingt in Kalifornien.

Ich grüße herzlich – als kritischer Bürger Berlins –



Stefan Klaus Dudzus

Anlage:

Text der verlinkten World Socialist Webseite

<http://www.wsws.org/de/2004/jul2004/berl-j24.shtml>

Damit Sie sich nicht die Mühe machen müssen, vorstehende Sachverhalte selbst zu recherchieren, füge ich Ihnen den entsprechenden Artikel zu den gemeinten staatsanwaltlichen Ermittlungen bei:

Auf der Webseite der World Socialist Webseite <http://www.wsws.org/de/2004/jul2004/berlj24.shtml>, herausgegeben von Internationalen Komitee der vierten Internationalen, IKVI heißt es:

### ***Der Berliner Sumpf blüht weiter***

#### ***SPD-Finanzsenator Sarrazin unter Verdacht***

***Von Lucas Adler  
24. Juli 2004***

*Vor drei Jahren war die Koalition aus CDU und SPD im Berliner Senat inmitten eines Finanzskandals auseinandergebrochen. Die SPD kam damals mit einem blauen Auge davon. Die öffentliche Empörung richtete sich gegen die CDU und ihren Fraktionschef Klaus-Rüdiger Landowsky, der die Günstlingswirtschaft und Selbstbereicherung im Senat wie kein anderer verkörperte. Die SPD blieb an der Macht und wurde dabei nach einem kurzen Zwischenspiel mit den Grünen von der PDS unterstützt.*

*Seither haben sich nicht nur die Angriffe auf die sozialen Belange der Bevölkerung verschärft, auch der sprichwörtliche Berliner Sumpf bringt immer neue Blüten hervor.*

*Erst vor wenigen Monaten musste der starke Mann der Berliner SPD, der Bausenator und SPD-Landesvorsitzende Peter Strieder, wegen des Verdachts der Untreue von allen politischen Ämtern zurücktreten. Nun mehrten sich die Hinweise, dass auch Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) seine Finger bei einigen krummen Geschäften im Spiel hat. Sarrazin gilt als treibende Kraft bei den rabiaten Kürzungen, die den öffentlichen Dienst, Kindergärten, Schulen, Kultureinrichtungen und sozial Schwache gleichermaßen treffen.*

*Das Licht der Presse fiel dabei in den letzten Woche vor allem auf das Zusammenspiel von Sarrazin und dem Vorstandsvorsitzenden der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), Andreas Graf von Arnim. Die beiden haben ihren Einfluss im größten deutsche Nahverkehrsunternehmen genutzt, um alten Bekannten außertariflich bezahlte Posten zu verschaffen und lukrative Beraterverträge zu vergeben. Dabei haben sie den BVG-Aufsichtsrat in seiner Arbeit behindert oder ganz übergangen.*

*Im Februar 2002 hatte Sarrazin, der gerade aus dem Vorstand einer Tochterfirma der Deutschen Bahn AG gefeuert worden war, den Posten des Finanzsenators im rot-roten Senat erhalten, wodurch er automatisch auch zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats der BVG wurde. In dieser Funktion machte er im Oktober 2002 von Arnim zum neuen Vorstandsvorsitzenden des landeseigenen Verkehrsbetriebes. Von Arnim hatte zuvor für verschiedene Berater- und Dienstleistungsfirmen gearbeitet, darunter Raab Karcher und McKinsey.*

*Bereits zwei Monate nach von Arnims Amtsantritt kam es zur ersten Aufsehen erregenden Neueinstellung bei der BVG. Es wurde der Posten einer "Persönlichen Referentin des Vorstandsvorsitzenden" geschaffen und mit einer ehemaligen Musical-Schauspielerin besetzt, die sich über ein außertarifliches Anfangsgehalt von 50.000 Euro jährlich freuen konnte. Sie begleitete den Chef auf Dienstreisen nach Athen, Budapest, London, Madrid und Zürich. Bereits nach fünf Monaten hatte sich ihr Jahresgehalt samt Sonderzahlungen auf über 75.000 Euro erhöht. Die Berliner Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts auf Untreue.*

*Im Dezember 2003 erhielt dann Horst Föhr, ein ehemaliger Kollege Sarrazins aus der Deutschen Bahn, einen Beratervertrag "in Fragen der personellen Restrukturierung" mit einem vereinbarten Tageshonorar von 2.900 Euro. Nach dem Bekanntwerden der Personalie wurde dieser Betrag allerdings schnell zum Wochenhonorar umdefiniert - doch selbst als solches ist er noch beachtlich.*

*Joachim Wöge, ein früherer Mitarbeiter von Arnims bei Raab Karcher, wurde für ein Jahr zum Geschäftsführer der BVG-Werbetochter VVR ernannt - mit einem Tageshonorar von 1.400 Euro plus Dienstwagen, Unterbringungskosten in Berlin sowie wöchentlichen Heimflügen nach Nordrhein-Westfalen.*

*Leiter der neu geschaffenen Stabsabteilung "Kommunikationsmanagement" wurde Detlef Untermann für ein Jahresgehalt von 95.000 Euro zuzüglich Dienstwagen und Sondervergütungen. Untermann war zuvor bei der "Berlin Hyp" Sprecher von Klaus-Rüdiger Landowsky - seines Zeichens Symbolfigur des Berliner Sumpfes und maßgeblich am Berliner Bankenskandal beteiligt.*

*Neben diesen erst kürzlich bekannt gewordenen Fällen soll sich die Gesamtzahl außertariflicher Verträge von 1993 bis heute nahezu verzehnfacht haben. Der gegenwärtige Stand liegt bei rund 80 Personen, von denen fast jede obendrein einen BMW als personenbezogenen Dienstwagen gestellt bekam. Nach Angaben des Landesrechnungshofs wird das Betriebsergebnis der BVG dadurch jährlich um "mindestens 2,8 Millionen Euro unnötig belastet". Über zwanzig dieser Verträge fallen in die Zeit von Arnims, für die Zeit davor stehen bereits vier ehemalige Vorstandsmitglieder unter dem Verdacht der Untreue.*

*Als Anstalt öffentlichen Rechts wäre die BVG in jedem dieser Fälle verpflichtet gewesen, die Regelungen des Bundesangestelltentarifs (BAT) strikt einzuhalten. Demnach hätte die betroffene Leitungsebene in die Tarife BAT 1a und BAT 1b eingestuft werden müssen. Tatsächlich jedoch genehmigten die Vorstände weitaus höhere Vergütungen "nach Leistung". Derartige leistungsbezogene Gehälter sind nach Angaben der Staatsanwaltschaft unzulässig.*

*Sarrazin verhinderte als Vorsitzender des BVG-Aufsichtsrats, dass dieser seiner Aufgabe nachkam. derartigen Verstößen gegen öffentliches Recht vorzubeugen. Am Abschluss der Sonderverträge wurde der Aufsichtsrat im Widerspruch zur geltenden Satzung schlichtweg nicht beteiligt. Im April diesen Jahres verwehrte Sarrazin zudem den Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat, das Thema "Vorstandsangelegenheiten" überhaupt auf die Tagesordnung zu setzen. Als die Neubesetzung des Aufsichtsrates anstand, sorgte er dafür, dass die Rechtsanwältin Sybille Uken, die als Aufsichtsrätin einige unbequeme Fragen gestellt hatte, nicht erneut nominiert wurde.*

*Während der Vorstandsvorsitzende von Arnim mit Rückendeckung Sarrazins seine Freunde bediente, arbeitete er gleichzeitig ein drastisches Sparprogramm aus. Im vergangenen Oktober verkündete er auf einer Betriebsversammlung, dass die Belegschaft der BVG bis 2007 von derzeit 13.000 auf 6.000 reduziert, die Löhne um 30 Prozent gesenkt und die Arbeitsbelastung stark angehoben werden sollen.*

*Dass nach dem Fall der Berliner CDU wegen ihren kriminellen Machenschaften nun auch immer öfter die Verstrickung von Mitgliedern des rot-roten Senats in den Berliner Sumpf an die Öffentlichkeit dringt, kann nur jemanden verwundern, der die unsoziale Politik der beiden Senatsparteien noch nie am eigenen Leib zu spüren bekommen hat. Diese Entwicklung ist kein Zufall und kann auch nicht mit dem Charakter einiger weniger Personen erklärt werden, sondern ist Ausdruck einer bestimmten sozialen Orientierung.*

*Die Politik von SPD und PDS ist ebenso auf die Interessen einer kleinen, reichen Schicht an der Spitze der Gesellschaft ausgerichtet, wie die der CDU, FDP und der Grünen. Die bei der BVG nun vorgeführte hemmungslose Selbstbereicherung durch Vetternwirtschaft und Veruntreuung von Steuergeldern ist dabei lediglich die Weiterführung der alltäglichen Senatspolitik mit anderen - in diesem Falle offen illegalen - Mitteln.*

*Dabei spielen sich die Vertreter des herrschenden Klüngels gegenseitig die Bälle zu, um die Berliner Bevölkerung auszuplündern. Erst werden aus Steuergeldern in den landeseigenen Unternehmen völlig überhöhte Vorstands- und Beratergehälter gezahlt, dann wird mit leeren Kassen argumentiert, um den Beschäftigten massive Lohnkürzungen aufzudrücken und einen drastischen Sozialabbau zu rechtfertigen.*

*Die Bilanz dieser Politik für die einfache Bevölkerung ist bereits heute verheerend. Jeder sechste Berliner lebt in Armut, die Arbeitslosigkeit beträgt in einigen Bezirken über 20 Prozent und der Anteil an Sozialhilfeempfängern in der Hauptstadt liegt mehr als doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt.*